

■ EU, Konzerne und deutsche Politik

Klartext nach der Wahl

Von Arnold Schölzel

Die Wahlen zu einem Parlament, das weniger zu sagen hat als im Feudalismus, aber etwas öffentliche Tribüne bereitstellt, erbrachten das vorhergesagte Ergebnis. Die Unlust, an der Abstimmung teilzunehmen, war nicht ganz so groß wie vor fünf Jahren, auch das wussten die Meinungsforscher im voraus. Den Wahlverweigerern war die Sache mindestens gleichgültig oder ein schlechter Witz. Die Einstufung der Grotteske in Großbritannien durch dessen Wähler möchte keiner wissen. Die Faschisten, Nationalisten und Rassisten, die das Parlament auflösen wollen, aber vorher noch gern die Diäten aus Brüssel und Strasbourg mitnehmen, zelebrierten ihr Hanswurststück. In Italien gewannen aber ihre Parteien zusammen rund die Hälfte der Stimmen.

Auf EU-Ebene haben auch sie nichts zu entscheiden, selbst wenn sie mehr Sitze als die 171 von 751 gewonnen hätten. Die EU ist auf Grund ihrer Gründungsgeschichte im Kalten Krieg und ihres Charakters eine antisoziale, militaristische, antisozialistische und insofern extrem rechte Veranstaltung. Ihr Existenzzweck lässt sich in drei Punkten zusammenfassen: Monopolmacht, Monopolmacht, Monopolmacht. Das war am Tag nach der EU-Wahl und vor Börsenöffnung wieder zu erleben. Renault und FiatChrysler verkündeten am Montagmorgen offiziell ihre Fusionspläne, nach denen der größte Autokonzern der Welt entstehen soll. Das hat mehr Gewicht als das Votum von einigen hundert Mil-

lionen Wählern und schlimmere Folgen für Beschäftigte in zahlreichen Ländern als z. B. der Rassist Matteo Salvini vermutlich je bewirken kann. Die EU ist ökonomisch ein Mittel, den Ausbeutungsgrad zu erhöhen und Extraprofite zu erwirtschaften, sie ist politisch aus diesem Grund ein permanenter Rechtsruck, in dem per Nationalismus die Beschäftigten aufeinander gehetzt werden. Das ist der Boden, auf dem die Lega, die AfD, die FPÖ, Fidesz und andere entstehen. Diese Parteien sind ein legitimes Kind der EU. Sollten die Faschisten und anderen Rechten die Garantie für höhere Rendite bieten, werden sich noch mehr Milliarden als bisher um sie reißen.

Am Montag freuten sich zuerst einmal die Börsenspekulanten über die Bildung des neuen Superkonzerns. Die deutsche Antwort lag da schon in gedruckter Form vor. Die FAZ veröffentlichte einen ganzseitigen Artikel des Politiktheoretikers Herfried Münkler, laut Spiegel häufiger Gesprächspartner der neuerdings für die Zukunft schwarz sehenden Bundeskanzlerin. Überschrift: »Mehr Führung wagen«. Und weiter: »Die Weltordnung ist in einem Umbruch begriffen, den die Europäer mitgestalten müssen, wenn sie im 21. Jahrhundert eine Rolle spielen wollen. Technologische Unabhängigkeit herzustellen ist die Führungsaufgabe, die Deutschland übernehmen muss – nicht auf sich allein gestellt, aber doch als Anführer aller anderen.« Nach Wahlen gibt es imperialistischen Klartext.

■ Kurzzeitkanzler des Tages

Sebastian Kurz



Alexander, hat sich gar vor wenigen Tagen aufgemacht, den »Kern der deutschen Kurz-Sehnsucht« zu suchen. Er hat ihn rasch gefunden, vermutlich direkt in der eigenen Redaktion: Am Knaben Kurz »entzündeten sich viele deutsche Phantasien«, so Alexander. Hier müsste man eigentlich stoppen, denn jugendfrei klingt das alles nicht mehr. Doch halt, es geht um etwas anderes; darum, »die Ära von Angela Merkel hinter sich zu lassen«. Hier hat Politanimateur Kurz, der seine Kanzlerschaft mit einer Degradierung der Partei zum ultimativen Abnickverein begann, offenbar kühnste Hoffnungen geweckt.

Aber nicht nur das: Auch sein Bündnis mit der FPÖ stieß in Deutschland auf Zuneigung, zumindest bei Verfassungsschutz, BND und Bild. Als Blaupause für die parlamentarische Einfriedung der AfD, als Anempfehlung einer Koalition aus »Alternative« und Unionsparteien.

Am Montag verlor Kurz seine Kanzlerschaft durch ein Misstrauensvotum (das erste erfolgreiche in der österreichischen Geschichte). Ist die »geile Party« nun vorbei? Im September wird in Österreich gewählt. Bild und Welt haben sich bereits entschieden. **Sebastian Car lens**

Jeder wisse es, zumindest in der »Jungen ÖVP«: »Schwarz macht geile Politik, schwarz macht geile Partys«. Das ist der ganze Text eines Werbevideos des damaligen Chefs des Jugendverbandes der Österreichischen Volkspartei, Sebastian Kurz, aus dem Jahr 2010. Neben dem Jungpolitiker sind vor allem Brüste, Frauen im – Überraschung! – »kleinen Schwarzen« und gemixte Drinks zu sehen. Später würde Sebastian Kurz dann in sein »Geilomobil« steigen, das ihn schlussendlich 2017 bis ins Kanzleramt kutschieren sollte.

Derart inhaltsbefreiter Ballermann-Wahlkampf findet in der BRD verlässlich Freunde, zumindest in der Zentrale für organisierte Verblödung, im Springer-Konzern. Der stellvertretende Chefredakteur der Springer-Zeitung Welt, Robin

»Landesregierung verteidigt die »Freiheit« der Industrie«

NRW: CDU und FDP wollen Hochschulgesetz novellieren und Zivilklausel abschaffen. Ein Gespräch mit Felix Massenbach

Nordrhein-Westfalens Landesregierung will im Rahmen der Novellierung des Hochschulgesetzes die erst 2014 eingeführte Zivilklausel wieder abschaffen. Diese verpflichtet die Landeshochschulen darauf, »ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt« zu leisten. Wie begründen CDU und FDP den Schritt?

Wissenschaftsministerin Isabel Pfeifer-Poensgen behauptet, die Zivilklausel sei ein »zentralistisches Instrument« und eine »bürokratische Vorgabe«. Richtig hingegen ist, dass sie 2014 von Studierenden und kritischen Wissenschaftlern aus den Hochschulen heraus erkämpft worden ist, um damit den Anspruch gesellschaftlich verantwortlicher Wissenschaft gegen die geistige Einengung der »unternehmerischen Hochschule« auf die Tagesordnung zu setzen. Es gilt, die intellektuellen Bemühungen auf die Humanisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen zu lenken und über die Verursacher von organisierter Umweltzerstörung, Armut und Krieg aufzuklären. Dagegen verteidigt die Landesregierung die »Freiheit« der Industrie, Einfluss auf die Wissenschaften zu nehmen – und bemüht dafür die alte Leier, die Zivilklausel gefährde die »Freiheit der Wissenschaft«.

CDU und FDP sorgen sich, anders gesagt, um die Forschung für den Krieg?

Der CDU-Fraktionsvize in NRW und Oberstleutnant der Reserve, Gregor Golland, hat öffentlich beklagt, die Zivilklauselbefürworter wollten offenbar die »militärische Verteidigungsfähig-



Felix Massenbach studiert an der Uni Köln und ist im »Aktionsbündnis Uni Köln« aktiv

keit der Bundesrepublik Deutschland schwächen«.

Gibt es greifbare Belege, dass die Zivilklausel in den zurückliegenden Jahren ihre Wirkung entfalten konnte?

Konkret sind laut Antwort der Landesregierung vom September letzten Jahres auf eine Anfrage der Grünen vier Fälle bekannt, bei denen Hochschulen Projekte aufgrund der Zivilklausel abgelehnt oder abgebrochen haben. Zum Beispiel war die RWTH Aachen an einer Machbarkeitsstudie für eine Fabrik von Rheinmetall in der Türkei beteiligt – und brach die Beteiligung ab, als nach eigenem Bekunden der militärische Zweck offensichtlich wurde. Die Hochschule distanzierte sich von dem Projekt und erklärte, sich »nicht nur im Sinne der Gesetzgebung der friedlichen Forschung verpflichtet« zu fühlen und »keine Rüstungsforschung« zu betreiben. Ein solches Bekenntnis ist ein Quantensprung für eine Hochschule, die im besonderen Maße abhängig von der Industrie ist.

Mehr als 90 Persönlichkeiten und Organisationen haben sich in einem Aufruf für den Erhalt der Zivilklausel stark gemacht. Was versprechen Sie sich davon?

Die Landesregierung versucht, den für ihre Politik gefährlichen Aufklärungsambitionen einen Dämpfer zu verpassen. Unser Ziel ist es, den Spieß umzudrehen und in der Debatte den in den Wissenschaften gewachsenen Ansprüchen zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu wollen wir Friedensfreunde uns an den Hochschulen weiter vernetzen sowie das Bündnis von Wissenschaft, Kultur, Friedens-, Arbeiter- und Umweltbewegung stärken. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören die NRW-Vorsitzenden von DGB, GEW und NGG, die Kabarettisten Volker Pispers und Wilfried Schmickler, der Schriftsteller Dogan Akhanli, der Nachhaltigkeitsforscher Ernst-Ulrich von Weizsäcker und der Wirtschaftswissenschaftler Heinz-Josef Bontrup. Dazu kommen zahlreiche Verbände, Initiativen und Aktivisten aus der Friedens- und Umweltbewegung sowie fast 60 weitere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus NRW.

Noch vor der Sommerpause soll das neue Hochschulgesetz im Parlament beschlossen werden. Wie wollen Sie den Druck erhöhen?

Wichtig ist, dass die Unterschriftenkampagne weitergeführt wird, auch über NRW hinaus. Unter zivilklausel.de/nrw kann jeder unterschreiben. Das ist jetzt entscheidend, damit wir noch weitere Kreise ziehen und den Druck erhöhen. Außerdem werden wir alle Unterzeichner anschreiben, sobald weitere Aktivitäten in NRW geplant sind. **Interview: Ralf Wurzbacher**

■ Abgeschrieben

Am heutigen Donnerstag findet die Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall statt.

Der Verein Urgewald teilte dazu mit: Menschenrechtler aus Südafrika und Deutschland werden auf der Rheinmetall-Hauptversammlung Kritik üben an skrupellosen Exportgeschäften und fehlenden Entschädigungen für Explosionsopfer in Fabriken des Konzerns. Mit seiner Internationalisierungsstrategie trägt Rheinmetall stark dazu bei, Krisenherde weiter anzuhetzen. Ein Beispiel sind Munitionsexporte an Saudi-Arabien, das seit vier Jahren Krieg im Jemen führt. Rund die Hälfte der Rüstungsumsätze macht der Konzern außerhalb Europas. Rheinmetall modernisiert und erweitert derzeit seine Munitionsfabriken in Italien und Südafrika. Das zeigt: Der Konzern möchte an der scharf kritisierten Umgehungsstrategie für deutsche Rüstungsexportverbote festhalten. Mit seinen Auslandsfabriken beliefert Rheinmetall weiterhin Länder, für die das Unternehmen in Deutschland kaum noch Exportgenehmigungen erhält. (...) So exportiert die italienische Rheinmetall-Tochter RWM-Italia noch immer Tausende Bomben nach Saudi-Arabien. Über das US-Partnerunternehmen Raytheon in Großbritannien liefert Rheinmetall zu-

dem Sprengkörper für Lenk Waffen an den gleichen Empfänger. Rheinmetall Denel Munition in Südafrika hat Exportlizenzen für Mörsergeschosse erhalten, die ebenfalls von Saudi-Arabien bestellt wurden. (...)

Demonstration am heutigen Dienstag: Ab 8.30 Uhr vor der Botschaft von Saudi-Arabien, Tiergartenstraße 33–34 in Berlin

Aus den Ergebnissen der Wahlen vom Sonntag schlussfolgerte Katja Kipping, Kovorsitzende von Die Linke:

(...) Wir müssen jetzt ernsthaft um linke Mehrheiten kämpfen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Dazu gibt es Diskussionsbedarf – in unserer Partei und in der Gesellschaft. In den kommenden Monaten müssen wir deshalb folgendes anschieben:

- Einen Fahrplan erstellen, wie wir uns für die nächsten Bundestagswahlen strategisch und personell aufstellen. Ob diese Wahlen planmäßig in zwei Jahren oder früher kommen, ist offen.
- Diskussionsformate und Plattformen schaffen, bei denen wir mit gesellschaftlichen Akteuren darüber reden, wie solch ein gesellschaftlicher Kurswechsel aussieht.
- All das muss mit einer Gesprächs-

und Demokratisierungsoffensive in der Partei verbunden sein. Denn die Entscheidung, ob Die Linke Teil einer Linkregierung werden soll, darf nicht allein von einigen Funktionären getroffen werden, sondern muss von unserer Partei in ihrer Breite und letztlich auch durch eine Urwahl beschlossen werden.

(...) Ich will mich jetzt mit aller Energie als Parteivorsitzende darauf konzentrieren. Die Linke für die Zeit nach der Groko aufzustellen und den Kampf um neue linke Mehrheiten aufzunehmen.

Für die Fraktion hoffe ich, dass sich die verschiedenen Gruppen auf einen Zeitplan und eine Doppelspitze einigen, die möglichst breit getragen werden und dass sie sich auf ein Verfahren einigen, das dem Ernst der Lage gerecht wird.

70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, 30 Jahre nach dem Mauerfall steht dieses Land am Scheideweg. Ich meine, dieses Land muss den Kleinmut beim sozialökologischen Umbau hinter sich lassen.

Dieses Land braucht eine starke Linke für mutigen Klimaschutz, für Friedenspolitik und für einen sozialen Aufbruch. Dieses Land braucht neue linke Mehrheiten.